



»Wir sollten positive Gefühle nicht der AfD überlassen«

DEMOKRATIE Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) warnt vor führenden Politikern, die seine Partei zerstören wollten. Und weiß um den Erfolgsdruck auf Schwarz-Rot.



Christdemokrat Kretschmer: »Es geht um persönliche Freiheit«

Kretschmer, 49, ist seit Dezember 2017 Ministerpräsident von Sachsen. Zuvor gehörte der CDU-Politiker 15 Jahre lang dem Deutschen Bundestag an. Im September 2017 hatte er das Direktmandat an den heutigen AfD-Vorsitzenden Tino Chrupalla verloren.

SPIEGEL: Herr Kretschmer, viele in der CDU warnen: Wenn Schwarz-Rot kein Politikwechsel gelingt, wird die AfD bei der nächsten Bundestagswahl stärkste Kraft. Teilen Sie dieses »Letzte Chance«-Gefühl?

Kretschmer: Ja. Die neue Regierung muss

erfolgreich sein. Das Vertrauen in die Demokratie und in die Lösungskompetenz unseres Staates ist so erodiert, dass man es wieder neu begründen muss.

SPIEGEL: Liefert der Koalitionsvertrag dafür genug? Einen echten Kurswechsel bei Steuern oder Sozialem können wir nicht erkennen, auch bei der Migration bleibt CDU-Chef Friedrich Merz hinter seinen markigen Ankündigungen zurück.

Kretschmer: Der Koalitionsvertrag bedeutet in den wesentlichen Bereichen einen Poli-

tikwechsel. Sowohl bei der Migration als auch bei der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Wir machen Energie preiswerter, den Staat schlanker und bauen Bürokratie ab.

SPIEGEL: Merz hat im Wahlkampf versprochen, vom ersten Tag seiner Kanzlerschaft an werde es ein »faktisches Einreiseverbot« für Menschen ohne gültige Einreisepapiere geben. Das steht so nicht im Koalitionsvertrag. Ist Enttäuschung da nicht programmiert?

Kretschmer: Wir haben lange über dieses The-



ma während der Koalitionsverhandlungen gesprochen. Die führenden Personen der SPD haben durchaus verstanden, dass die Menschen in Deutschland eine Migrationswende wollen. Dass unser Land nicht 200.000 Asylbewerber pro Jahr verkraftet, sondern höchstens wenige Zehntausend. Dafür haben wir Instrumente im Koalitionsvertrag geschaffen. Eines davon ist die Zurückweisung von Asylbewerbern in Abstimmung mit den europäischen Nachbarn.

SPIEGEL: In der SPD formiert sich schon jetzt Widerstand dagegen. Die Jusos lehnen den Koalitionsvertrag ab.

Kretschmer: Es wird überall Leute geben, die den Koalitionsvertrag kritisch sehen. Aber am Ende entscheidet die Mehrheit.

SPIEGEL: Die Union hat seit der Wahl deutlich an Zustimmung eingebüßt, die AfD rückt in Umfragen immer näher oder wird sogar gleichauf gesehen. Die Leute haben das Gefühl, dass der versprochene Politikwechsel nicht kommt.

Kretschmer: Wir waren als Union in den Koalitionsgesprächen sehr ruhig, weil wir wussten, dass wir wichtige Veränderungen für unser Land brauchen und auch erreichen werden. Zugleich haben sich zur SPD gute persönliche Beziehungen entwickelt. Beides zusammen ist kein Garant für Erfolg. Aber schon eine gute Voraussetzung.

SPIEGEL: Aber ist nicht erst einmal viel Vertrauen in die Union verloren gegangen? Merz hat im Wahlkampf betont, die Union stehe zur Schuldenbremse – nur um sie dann kurz nach der Wahl aufzuweichen.

Kretschmer: Bleiben wird etwas anderes: Friedrich Merz hat als Politiker, der noch nicht einmal an der Regierung ist, eine Verfassungsänderung erreicht. Das zeugt von Führungsstärke und Durchsetzungsfähigkeit. Wir werden in der Regierung zeigen, dass es richtig war, den Weg freizumachen, für die Verteidigungsfähigkeit und für die Erneuerung der Infrastruktur.

SPIEGEL: Die AfD wird alles daran setzen, dass eine andere Erzählung hängen bleibt: die von einem Kanzler, der sein zentrales Wahlkampfversprechen gebrochen hat.

Kretschmer: Die neue Bundesregierung muss beweisen, dass sie handlungsfähig ist und verstanden hat. Sie wird durch Lösungen überzeugen. Ich schaue lieber nach vorn.

SPIEGEL: Aber auch Sie beklagen, dass Menschen an der Demokratie zweifeln oder das Vertrauen verlieren. Trägt es nicht zur Demokratieverdrossenheit bei, wenn Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben, die Politik sei nicht ehrlich zu ihnen?

Kretschmer: Menschen verlieren das Vertrauen in die Demokratie, wenn sie für ihre Meinung stigmatisiert werden. Wie oft wurde mir Rechtspopulismus vorgeworfen, weil ich das gesagt habe, was heute umgesetzt wird: nämlich dass es bei der Migration Veränderung geben muss. Wie oft wurde ich als Putin-Freund angefeindet, weil ich für mehr Diplomatie zur Beendigung des Krieges in der Ukraine eingetreten bin. Man verliert die Menschen, wenn man sie für solche Ansichten ausgrenzt.

SPIEGEL: Das ist aus Ihrer Sicht der entscheidende Grund, warum Menschen sich von unserem politischen System abwenden?

Kretschmer: Es ist ein Grund. Wir alle sehen heute bestimmte Corona-Entscheidungen im Nachhinein kritisch. Aber während der Pandemie wurden Kritiker als Coronaleugner abgestempelt. Bald werden wir auch erkennen, dass wir beim Thema Krieg in der Ukraine Menschen mit einer anderen Ansicht mehr hätten einbeziehen müssen. Dann hätte Europa vielleicht früher eigene diplomatische Initiativen gestartet und müsste jetzt nicht zuschauen, wie Donald Trump Tatsachen schafft. Das zeigt für mich: Wir brauchen in Deutschland eine andere Diskussionskultur. Mehr Respekt für Meinungen, die man selbst nicht teilt.

SPIEGEL: Ist es nicht selbstverständlich, dass auch Sie sich Kritik dafür anhören müssen, wenn Sie in der aktuellen Lage beispielsweise

»Ein politisches System, das nicht liefert, ist nicht attraktiv.«

fordern, die Sanktionen gegen Russland abzubauen?

Kretschmer: Ich habe kein Problem mit Kritik. Aber ich halte es für falsch, dass sich die Debatte jahrelang ausschließlich um Waffenlieferungen für die Ukraine gedreht hat. Frau Baerbock hat über nichts anderes gesprochen. Dabei halten viele Menschen, auch ich, diplomatische Bemühungen für genauso wichtig oder wichtiger. Diese Ansichten dürfen nicht diskreditiert werden, sondern müssen Gehör finden. Das ist beim Thema Krieg so, bei Migration, bei Corona.

SPIEGEL: Union und SPD haben im Koalitionsvertrag eine Enquetekommission zur Aufarbeitung der Coronapandemie vereinbart. Fühlen Sie sich dadurch in Ihrer Haltung bestätigt?

Kretschmer: Ich habe immer sehr dafür gearbeitet. Das wird nicht alle Verletzungen sofort heilen, aber vielleicht dazu beitragen. Künftig müssen wir viele Themen breiter diskutieren – auch die Wehrpflicht beispielsweise. Derzeit wird die Debatte über die Köpfe der jungen Menschen und der Eltern hinweg geführt.

SPIEGEL: Momentan plant Schwarz-Rot lediglich, dass über einen Fragebogen an alle 18-Jährigen mehr Freiwillige für die Bundeswehr geworben werden sollen. Geht Ihnen das zu weit?

Kretschmer: Im Koalitionsvertrag haben wir die Dinge aus meiner Sicht richtig vereinbart. Es geht jetzt darum, wie man mit dem Thema umgeht, wie man darüber spricht. Das Wort »kriegstüchtig« hat viele vor den Kopf gestoßen. Wichtig ist doch, dass wir uns verteidigen können. Wir müssen die Bevölkerung einbeziehen bei der Frage, welche Form der Wehrpflicht wir brauchen.

SPIEGEL: Wollen Sie einen Bürgerrat zu dem Thema, wie es ihn bereits zur Ernährung gab? Diese Gremien bestehen ja aus zufällig

ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern, die politische Lösungsvorschläge erarbeiten.

Kretschmer: Wenn Bürgerräte repräsentativ zur Bevölkerung gebildet sind, kommen sie zu rationalen Ergebnissen. Das kann ein Instrument sein, um den Menschen zu zeigen, dass die Politik tatsächlich an ihren Meinungen interessiert ist und nicht einfach nur etwas vorgeben will. Wir werden in dieser Legislaturperiode die Verfassung nicht mehr ändern können. Vielleicht gibt es trotzdem einen klugen Weg, auch Volksbefragungen auf Bundesebene zu ermöglichen.

SPIEGEL: Ist das nicht ein wenig naiv: mit den Leuten diskutieren, sie einbinden – und dann wird alles gut?

Kretschmer: Das habe ich nicht gesagt. Aber welche Folgen es hat, gegen die Ansichten und Interessen großer Bevölkerungsteile Politik zu machen, haben wir in den vergangenen Jahren gesehen. Demokratie legitimiert sich für einen größeren Teil der Bevölkerung aus dem Ergebnis. Und wenn die Ergebnisse stimmen, dann gibt es auch eine große Zustimmung. Kriegt die Politik dagegen wichtige Probleme über Jahre nicht in den Griff, wenden sich Menschen ab.

SPIEGEL: Im Gespräch mit dem SPIEGEL sagte der Soziologe Andreas Reckwitz kürzlich, für viele sei die liberale Demokratie kein Wert an sich, sondern nur ein Mittel zum Zweck. Wenn sie nicht liefere, wählten die Leute eben AfD – trotz der Warnung, dass diese eine Gefahr für die Demokratie sei.

Kretschmer: Das ist genau, was ich meine. Ein politisches System, das nicht liefert, ist nicht attraktiv. Mir gibt das aber die Hoffnung, dass wir Menschen wieder zurückgewinnen können – wenn wir als schwarz-rote Koalition gute Politik machen. Wir wollen verändern, wie Menschen den Staat in ihrem Alltag erleben. Wir wollen überflüssige Gesetze abbauen. Wir schreiben den Leuten nicht mehr vor, wie viele Stunden sie am Tag arbeiten können, welche Heizung sie sich in den Keller einbauen. Es geht um persönliche Freiheit. Manchmal erinnere ich mich ganz gern an die Neunzigerjahre im Osten. Da haben wir die ganzen Altlasten der DDR beseitigt, wir waren unglaublich flexibel.

SPIEGEL: Operiert die AfD nicht viel zu sehr auf einer emotionalen Ebene, um ihr mit kleinen faktischen Verbesserungen beizukommen?

Kretschmer: Natürlich skandalisiert und emotionalisiert sie, dagegen kann man wenig tun – außer zu vermeiden, ihr noch mehr Futter zu liefern. Ich gebe Ihnen ein konkretes Beispiel: Windkraft. Das ist mindestens in Teilen Deutschlands das nächste große Thema der Partei, weil sie da an den Unmut der Leute andocken kann.

SPIEGEL: Zurück zur Braunkohle ist aber auch keine Lösung, oder?

Kretschmer: Es ist richtig, den Ausbau der Erneuerbaren voranzutreiben. Aber die Leute müssen einen Mehrwert für sich sehen. Zu einem Windrad haben sie keine emotionale Verbindung, anders als bei einem Tagebau oder einem Kohlekraftwerk, die ihnen auch einen Arbeitsplatz bieten. Wenn sie aber an



einem Windpark über eine Genossenschaft finanziell beteiligt werden und mitbestimmen dürfen, sieht die Sache gleich ganz anders aus. Das ist ein Beispiel für eine kluge, differenzierte Antwort, bei der die Leute eingebunden werden – und der AfD das Verhetzungspotenzial genommen wird.

SPIEGEL: Die AfD hetzt nicht nur. Untersuchungen zeigen, dass sie bei ihren Anhängern auch positive Emotionen wie Hoffnung auslöst oder Zuversicht. Björn Höcke preist die AfD als »letzte Chance« für Deutschland.

Kretschmer: Das Hochgefühl in der Gruppe, das durch die Abwertung von anderen entsteht – das gab es doch in Deutschland alles schon mal. Wir wissen, wo das hinführt. Trotzdem sollten wir positive Gefühle zum Beispiel im Hinblick auf die eigene Nation, die Nationalhymne oder unsere Flagge nicht der AfD überlassen. Auch wir müssen für ein Gemeinschaftsgefühl sorgen. Aber wir müssen das mit einem Lächeln machen, mit einer Leichtigkeit, und nicht durch dumpfes Ausgrenzen von anderen.

SPIEGEL: Im Landkreis Jerichower Land hat die CDU einem AfD-Antrag zugestimmt, wonach dauerhaft vor öffentlichen Gebäuden – auch vor weiterführenden Schulen – die Deutschlandflagge gehisst werden soll. Finden Sie das richtig?

Kretschmer: Da haben Sie mir gerade nicht zugehört.

SPIEGEL: Womöglich wollen Sie die Frage nicht beantworten. Bleiben wir beim Verhältnis der Union zur AfD. War es ein Fehler von Friedrich Merz, im Bundestag seinen Fünf-

»Wir müssen das mit einem Lächeln machen.«

Punkte-Migrationsplan zur Abstimmung zu stellen, wissend, dass eine Mehrheit nur mit der AfD zustande kommt?

Kretschmer: Alle Nachwahlbefragungen, ob in den Kommunen, den Ländern oder bei der Bundestagswahl, haben doch gezeigt, dass Migration wirklich das Thema ist, was die Menschen am meisten beschäftigt. Auch aus diesem Grund haben wir gerade in den Koalitionsverhandlungen diese Forderungen durchgesetzt. Die SPD hält sie jetzt ja ganz offensichtlich auch für richtig.

SPIEGEL: Die Einigung im Koalitionsvertrag hätte Merz auch ohne diese Abstimmung erreichen können. So hat er einen Präzedenzfall für gemeinsame Abstimmungen mit der AfD im Bund geschaffen.

Kretschmer: Das ist doch nicht die Frage. Die Frage ist, warum die scheidende Regierung dreieinhalb Jahre die Probleme bei der Migration nicht gelöst hat, trotz einstimmiger Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz.

SPIEGEL: Die AfD setzt darauf, dass weder die Migration eingedämmt wird noch die Wirtschaftswende gelingt. Der Ehrenvorsitzende Alexander Gauland, der selbst 40 Jahre in der CDU war, prophezeit, dass es dann einen Aufstand an der Basis geben und die CDU doch bereit sein werde, mit der AfD Mehrheiten zu bilden. Besteht diese Gefahr?

Kretschmer: Ich bin mir sicher, dass Herr Gauland das nicht denkt, weil das bisher in keinem einzigen Bundesland passiert ist. Und es wird im Bund erst recht nicht passieren.

Was er und andere führende AfD-Politiker wirklich wollen, ist die Zerstörung der CDU. Die AfD hat keinen eigenen positiv gestaltenden Ansatz. Sie skandalisiert und hetzt.

SPIEGEL: Trotzdem muss Ihr Kollege Reiner Haseloff in Sachsen-Anhalt befürchten, dass es bei der Landtagswahl im kommenden Jahr keine Mehrheit mehr gegen die AfD gibt oder dass sie sogar die Regierung stellt.

Kretschmer: Wir arbeiten dafür, dass es nicht so kommt.

SPIEGEL: Was, wenn es der AfD gelänge, in einem Bundesland an die Regierung zu kommen?

Kretschmer: Ich beantworte keine hypothetischen Fragen. Ich kann nur sagen, dass Deutschland deswegen so stark ist, weil es den Konsens sucht. Weil der Kompromiss nicht als Niederlage verstanden wird, sondern als Erfolg. Und weil verschiedene Interessen und verschiedene Partner sich miteinander verständigen. Ein Gremium wie die Ministerpräsidentenkonferenz sorgt für Stabilisierung, für Ausgleich und für Korrekturen von Fehlern der Bundesregierung, weil es dort ein kollegiales Miteinander gibt. Man zerstört das mit einem einzigen Ministerpräsidenten, der immer nur dagegen ist. Dann wird es solche Institutionen nicht mehr geben, die Deutschland besonders machen und die dafür gesorgt haben, dass Dinge hier positiver und einvernehmlicher laufen als in anderen Ländern.

Interview: Maria Fiedler, Paul-Anton Krüger